

Immer mehr Syrer verlassen Heimat

Flucht löst Debatte in Deutschland aus

Berlin (wk). Die Bundesregierung hat Forderungen nach einer Aufnahme syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland zurückgewiesen. „Bisher ist es so, dass sich alle internationalen Diskussionen und Hilfsmaßnahmen auf eine Hilfe für die Flüchtlinge vor Ort konzentrieren“, sagte der Sprecher des Auswärtigen Amts, Andreas Peschke, gestern in Berlin. Eine Diskussion über die Aufnahme in einzelnen westlichen Ländern werde international nicht geführt. In der sensiblen Frage dürfe es keine Alleingänge geben. Zugleich mehren sich die Stimmen aus Parteien und Verbänden, Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland aus humanitären Gründen ins Land zu lassen.

Der FDP-Außenpolitiker Rainer Stinner sagte der „Welt“: „In Syrien gibt es eine humanitäre Katastrophe. Deutschland sollte Flüchtlinge aufnehmen.“ Ähnlich äußerte sich der SPD-Außenpolitikexperte Rolf Mützenich. Er forderte außerdem einen Abschiebungsstopp und unbürokratische Unterstützung für in Not geratene Syrer in Deutschland. Auch Grüne und Linke warben für die Aufnahme von Syrern. Der CDU-Abgeordnete Philipp Mißfelder sprach sich dafür aus, ausgewählte Flüchtlinge ins Land zu lassen: „Große Sorgen macht mir die Lage der Christen in Syrien, da der Bürgerkrieg vor allem auch religiös motiviert ist. Deshalb sollte Deutschland an dieser Stelle eine Aufnahme von Flüchtlingen nicht ausschließen.“

Schleswig-Holstein will Bürgerkriegsflüchtlinge aufnehmen. „Das ist ein Gebot der Humanität“, sagte Innenminister Andreas Breitner (SPD) gestern in Kiel. Er erwarte von der Bundesregierung eine Grundsatzentscheidung.

Bislang retten sich immer mehr Syrer in die benachbarte Türkei. Die Zahl der Flüchtlinge sei binnen 24 Stunden um 3518 auf nun mehr als 78 000 gestiegen, zitierte die türkische Nachrichtenagentur Anadolu gestern das Krisenzentrum der Regierung. Ankara hatte in den vergangenen Tagen die Aufnahme von insgesamt 100 000 Flüchtlingen aus Syrien als Obergrenze der eigenen Belastbarkeit bezeichnet.

NACHRICHTEN IN KÜRZE

WAHLUMFRAGE

Union baut Vorsprung aus

Berlin. Die Union kann nach einer neuen Umfrage ihren Vorsprung vor der SPD in der Gunst der Wähler vergrößern. Wäre schon morgen Bundestagswahl, erhielte die CDU/CSU 37 Prozent (ein Punkt mehr als im Juli). Dem gestern veröffentlichten ZDF-Politbarometer zufolge verliert die SPD einen Punkt und kommt nun auf 29 Prozent. Die Grünen liegen bei zwölf Prozent (minus eins). Die FDP wäre mit fünf Prozent (plus eins) wieder im Parlament vertreten. Die Linke bleibt bei sechs Prozent.

SICHERHEITSDEBATTE IN DEN USA

TV-Sender enttarnt Zeugen

Washington. US-Medien haben den Autor eines Buchs über die Tötung des Terrorchefs Osama bin Laden entlarvt und damit eine Sicherheitsdebatte ausgelöst. Der Sender Fox News hatte berichtet, hinter dem Decknamen des Augenzeugen bei dem Einsatz am 2. Mai 2011 in Pakistan verberge sich ein 36-jähriger Soldat der US-Spezialkräfte Navy Seals. Er stamme aus Alaska. Der Sender veröffentlichte Namen und Fotos des Soldaten in Kampfmontur auf seiner Webseite.

20 JAHRE NACH LICHTENHAGEN

Regierung soll sich entschuldigen

Rostock. Die Bundesregierung soll sich nach dem Willen von Flüchtlingshilfsorganisationen für die fremdenfeindlichen Kravalle von Rostock-Lichtenhagen vor 20 Jahren entschuldigen. „Der Pogrom von Rostock-Lichtenhagen steht für ein Zusammenwirken von Stimmungsmache der Politik und einem rassistischen Mob, den man laufen lässt“, hieß es in einer Mitteilung.

VON TOBIAS MEYER

Bremen. Reuben Alabi sitzt im Seminarraum in einem Gebäude am Rande des Campus der Bremer Uni. Es ist heiß an diesem Tag, doch dem 45-Jährigen scheinen die Temperaturen nichts auszumachen. Wenn der Nigerianer anfängt, über die Situation in seiner Heimat zu reden, mischt sich ein besorgter Unterton in seine Stimme. Da ist der religiöse Konflikt zwischen Christen und Muslimen in seiner Heimat, die Armut, die schlechte Bildung. „Es wird immer gefährlicher, auf die Straße zu gehen“, sagt Alabi, der selbst an einer Universität lehrt und jetzt für einige Monate an einem Stipendiatenprogramm der Uni Bremen teilnimmt. Dabei wohnt er im Süden des westafrikanischen Staates. In Ekpoma, wo die Armut nicht so groß ist wie in anderen Landesteilen. Noch gehe es den Menschen dort gut, erzählt er, doch die Lage sei angespannt. „Früher hat Boko Haram nur im Norden bombardiert – jetzt kämpft sich

Die Niederlande stehen vor einer Premiere

Bei der Parlamentswahl im September könnte erstmals ein Sozialist Ministerpräsident werden

Die Niederlande stehen vor einer Richtungs- und Wahlwahl. Es ist ein Zweikampf zwischen Rechtsliberalen und Sozialisten – und erstmals ist der Sozialist Favorit. Ändert das Land seinen Europakurs?

VON ANNETTE BIRSCHEL

Den Haag. Ein gemütliches Doppelkinn, gutmütige dunkle Augen, ein lachender Mund: So könnte der neue Ministerpräsident der Niederlande aussehen. Der Sozialist Emile Roemer ist nach Umfragen Favorit bei der vorgezogenen Parlamentswahl am 12. September. Seine sozialistische Partei liegt vor der rechtsliberalen VVD von Ministerpräsident Mark Rutte. An diesem Wochenende treffen die beiden Hauptkontrahenten erstmals bei einer Fernsehdebatte aufeinander. Der Wahlkampf im Polderland bricht los.

Im April war die Minderheitsregierung der VVD mit der christdemokratischen CDA geplatzt, nachdem der Rechtspopulist Geert Wilders seine Unterstützung angekündigt hatte. Der Rechtsaußen mit der blondierten Mozarttollie wollte die drasti-

„Das Land könnte unregierbar werden.“

Der niederländische Publizist Tom-Jan Meeus

schen Sparmaßnahmen von über 20 Milliarden Euro nicht mittragen. Dafür könnte seine Partei für die Freiheit (PVV) nun vom Wähler die Quittung erhalten. Nach den Umfragen muss sie mit herben Verlusten rechnen.

Von dem Bruch profitiert Ruttes VVD – und überraschend auch die sozialistische Oppositionspartei. Bei dem Zweikampf haben die Parteien der Mitte das Nachsehen: Den Christdemokraten und der sozialdemokratischen Partei der Arbeit droht der Abstieg. „Die Wahrheit liegt nicht mehr in der Mitte“, sagt Roemer. „Die Menschen müssen sich entscheiden zwischen liberaler oder sozialer Politik.“

Hauptthema sind Europa und die Krise. Die Niederlande spüren erstmals die Folgen der Finanzkrise: Die Arbeitslosigkeit steigt und liegt zum ersten Mal seit zehn Jahren über sechs Prozent. Die Krise auf dem Wohnungsmarkt verschärft sich, die Renten sollen um acht Prozent gekürzt wer-



Will mit Investitionen gegen die Krise steuern: Der Sozialist Emile Roemer hat gute Chancen, neuer Premier der Niederlande zu werden. FOTO: DPA

den, die Kosten des Gesundheitssystems explodieren. Doch die Staatskassen sind leer. Die VVD setzt auf Haushaltsdisziplin und plant schmerzhaft Einschnitte bei der sozialen Sicherheit.

Die Sozialisten dagegen wollen drei Milliarden Euro investieren – ins Gesundheitssystem, in Renten und Bildung. Das kommt gerade bei Geringverdienern, Studenten und Rentnern an. „Die kleinen Leute dürfen nicht die Rechnung der Krise bezahlen“, sagt Roemer streitbar. Er will lieber investieren als sparen und auch nicht ohne Weiteres die von Brüssel geforderte Drei-

Prozent-Verschuldungsgrenze akzeptieren. Sollte bei einer Überschreitung Brüssel den Niederlanden eine Milliardenbuße auferlegen, mache er nicht mit. „Over my dead body“ („Nur über meine Leiche“), sagte er dem „Financieel Dagblad“.

Mit diesen vier Worten nahm der 50 Jahre alte Roemer vor allem dem Rechtspopulisten Wilders den Wind aus den Segeln. Der tauschte jetzt sein bisheriges Feindbild Islam gegen Brüssel aus. Wilders will die Rückkehr zum Gulden und hat den „gierigen Brüsseler Bürokraten“ den Kampf angesagt.

Die Wahlen könnten den Europakurs der Niederlande also verändern. Allerdings bliebe auch ein sozialistischer Premier angewiesen auf andere Parteien. Nach den Umfragen kann eine Regierung nur mit fünf oder sogar sechs Parteien gebildet werden. Und das ist die größte Sorge für Politiker und Bürger, die zum vierten Mal in zehn Jahren zur Urne gerufen werden. „Eine zerbrechliche Koalition, die bei jedem Punkt Woche für Woche schmerzhaft Kompromisse eingehen muss“, befürchtet der Publizist Tom-Jan Meeus. „Das Land könnte unregierbar werden.“

Iran sucht Weg aus Isolation

Teheran hofft auf Gipfeltreffen mit 700 Gästen aus 120 Staaten

VON FARSHID MOTAHARI

Teheran. Es soll das größte politische Treffen im Iran seit der islamischen Revolution von 1979 werden: Der Zusammenschluss der nicht paktgebundenen Länder, die Blockfreien Staaten (NAM), kommt im August in Teheran zusammen. Den 7000 Gästen aus fast 120 Ländern will der Gottesstaat sich von seiner besten Seite zeigen. Es gilt, die Isolierung zu durchbrechen. Alles soll perfekt sein. Die sechs Konferenztage sind Feiertage. Zumindest der Norden Teherans wird zu einer einzigen Sicherheitszone, wenn sich die Außenminister vom 26. bis 29. August und anschließend die Staatschefs vom 30. bis 31. August treffen.

„NAM ist de facto der einzige Block, in dem der Iran sich noch anerkannt fühlt“, sagt ein ausländischer Diplomat in Teheran. In der UNO, insbesondere im Sicherheitsrat, hat das Land wegen seiner Atomprogramme und israelfeindlichen Politik schlechte Karten. Wegen der Unterstützung des syrischen Regimes hat der Iran auch in islamischen Organisationen keinen guten Status mehr. Doch NAM ist zwar mit fast 120 Staaten das weltweit größte Gremium nach der UN, spielt aber politisch keine große Rolle. „NAM selbst ist den Iranern so was von egal, die nehmen den Gipfel nur als eine willkommene Plattform, um

ihre eigenen Themen anzusprechen“, sagt ein Politologe in Teheran. In der Tat ist für den Iran auch der Vorsitz der Bewegung für die nächsten drei Jahre eher nebensächlich, da man selber genug Probleme hat. Die Sanktionen wegen des Atomstreits haben zu einer Wirtschaftskrise geführt. Und die Erzfeinde USA und Israel drohen mit Militärangriffen auf die Atomanlagen.

Umso mehr freut man sich über die Teilnahme von angeblich mehr als 50 Staatsoberhäuptern und UN-Generalsekretär Ban Ki Moon. Vor allem über Bans Zusage, da sowohl die USA als auch Israel vehement dagegen waren. Einen anderen Koreaner hätte man auch gerne in Teheran gesehen: den nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Un. Aber aus Pjöngjang kommt nur der andere Kim, das zeremonielle Staatsoberhaupt Kim Jong Nam.

Präsident Mahmud Ahmadinedschad sieht in den Blockfreien eine Alternative zu UN. „Das Potenzial ist da, um dem ungerechten Status quo ein Ende zu setzen“, sagt er. Er hat mehrmals die Struktur des UN-Sicherheitsrats kritisiert und gefragt, wieso fünf Staaten über die ganze Welt entscheiden dürfen. Mit einer Unterstützung der NAM hofft Ahmadinedschad auch bei den nächsten Atomverhandlungen mit den Weltmächten zu punkten – und nebenbei einen israelischen Angriff zu verhindern.

Millionen für Despoten

USA machen Geldströme bei Förderung von Rohstoffen transparenter

VON DANIEL SCHNETTLER

New York. Es war ein eindringlicher Appell, den der ehemalige libysche Ölarbeiter Najwa al-Beshti an Washington richtete. Er beschrieb in einem Gastbeitrag für die „New York Times“, wie er zu Zeiten des Regimes von Muammar al-Gaddafi hautnah miterlebte, dass sich die Mächtigen schamlos an den Oligarchen bedienten, die eigentlich dem Volk gehörten. Als er den Mund aufgemacht habe, sei er mit dem Tode bedroht worden. „Amerika kann helfen, dass eine derartige Korruption nicht wieder passiert“, mahnte der Libyer.

Sein Gastbeitrag erschien wenige Tage, bevor die US-Börsenaufsicht SEC über ein Regelwerk zu entscheiden hatte, welches die Geldströme bei der Förderung von Bodenschätzen transparenter machen soll: der sogenannte Abschnitt 1504 des Dodd-Frank Act. Die SEC sagte „ja“ und setzte das Regelwerk damit in Kraft. Unternehmen müssen in ihrem Geschäftsbericht künftig alle Zahlungen an staatliche Stellen veröffentlichen, sofern diese über 100 000 Dollar hinausgehen. Das gilt etwa für den Kauf von Förderrechten auf Öl- oder Gasfeldern oder von Abbaurechten bei Metallen und Mineralien.

Die Idee dahinter: Wenn die Zahlungen bekannt sind, kann das Geld nicht mehr so

einfach in den Regierungsapparaten etwa der rohstoffreichen afrikanischen Staaten versickern.

Den betroffenen Konzernen dagegen schmecken die neuen Vorschriften überhaupt nicht. „US-Unternehmen könnten Geschäfte verlieren, Jobs in den USA mögen gar nicht erst entstehen, und der Regierung könnten Steuern entgehen“, warnte John Felmy, der Chefökonom des American Petroleum Institute.

Dem Lobbyverband der Öl- und Gasindustrie gehören die großen Namen der Branche an, von ExxonMobil bis Chevron. Die Sorge der Multis ist einfach: Ausländische Konkurrenten erhalten ihrer Meinung nach zu tiefe Einblicke in Firmeninterna und nutzen das Wissen dann beim Kampf um Aufträge.

In der Tat ist es ein Spiel mit ungleichen Regeln: Staatsfirmen etwa aus dem arabischen Raum legen oft gar keine Geschäftsberichte vor. In Europa wiederum sind Bemühungen um eine höhere Transparenz ins Stocken geraten. Dafür machen Organisationen wie Transparency International vor allem die Bundesregierung verantwortlich, der sie eine Blockadehaltung vorwerfen. Berlin und die deutsche Wirtschaft waren ihrerseits vor weitergehenden europäischen Vorgaben sowie Wettbewerbsnachteilen.

Islamisten dringen immer weiter in Nigerias Süden vor

die islamistische Vereinigung immer weiter zur Mitte des Landes vor“, sagt der Professor.

Immer wieder erreichten ihn in den vergangenen Wochen die Schreckensmeldungen aus seinem Heimatland. Sie berichten von zahlreichen getöteten Menschen, mal sind es sieben oder acht, mal sind es 20 und mehr. 2001, als Boko Haram mit brutalen Anschlägen begann, ihre Vision von einem islamischen Staat umzusetzen, starben 1000 Menschen, sieben Jahre später gab es 700 Tote, etliche wurden obdachlos, Tausende flüchteten. Die Zahlen sind traurige Höhepunkte des wachsenden Konflikts zwischen Muslimen und Christen.

Letztere dominieren im Süden, während die Regionen im Norden muslimisch sind. Seit dem Ende der Militärdiktatur im Jahr 1999 gilt dort die islamische Rechtsprechung Scharia – und zunehmend das Wort



Der Nigerianer Reuben Alabi. FOTO: MEYER

sind etwa 70 Prozent der Einwohner Christen“, sagt er. Alle kämen bislang gut miteinander aus, auch wenn die Muslime deutlich ärmer seien. Viele der Familienväter arbeiten in Italien, Deutschland oder in Amerika und schicken Geld nach Ekpoma, andere leben von der Landwirtschaft. Aber das Gefälle zwischen Arm und Reich wächst – und die Angst, das Boko Haram sich weiter vorarbeitet, dass eines Tages

auch die südlichen Regionen Ziele von Anschlägen werden. „Ich rufe jeden Tag zu Hause an“, sagt der Vater dreier Kinder. „Ich sage ihnen immer wieder: Bleibt so oft es geht im Haus und schließt alles ab.“ Dann lacht er etwas unsicher und meint mit einer flüchtigen Handbewegung: „Aber wir sind auf einem guten Weg, es kann alles besser werden.“

Dieser Weg begann mit dem Ende der 33 Jahre währenden Militärdiktatur, und er wird fortgeführt von Goodluck Jonathan, dem aktuellen Präsidenten Nigerias. Er selbst ist Christ, aber bemüht sich um einen Dialog mit den Führern von Boko Haram. Das gefällt nicht allen im Land: Der Dachverband christlicher Kirchen forderte erst kürzlich den Rücktritt Jonathans, weil dieser sich weigerte, die islamistische Gruppe als Terrornetzwerk zu bezeichnen. „Ein Rücktritt würde aber niemandem etwas bringen“, ist Alabi überzeugt, auch wenn er Jonathan mit Blick auf die Führung des Landes als eher „schwach“ bezeichnet.

„Die sozialen und ökonomischen Probleme bleiben bestehen.“ Und diese, so ist der Professor überzeugt, sind auch der Grund für die Radikalisierung im Norden: „Die Menschen sind unzufrieden mit dem politischen System und wollen sich wehren“, sagt Alabi. Während im Süden vor allem das Vertrauen in die Politik sinke, nutze Boko Haram die Enttäuschung und Wut der Bürger, um sie für ihre Zwecke zu gewinnen. Mit Erfolg: Im muslimischen Teil des Landes gibt es kaum mehr funktionierende staatliche Bildungseinrichtungen, dafür wächst die Zahl der Koranschulen. „Die Muslime versuchen, westliche Einflüsse zu vermeiden“, so der 45-Jährige.

Die Hoffnung aufgegeben habe er aber noch lange nicht. „Ich bin optimistisch, dass Nigeria ein Befriedungsprogramm entwickeln kann“, sagt Alabi und lächelt. Mit welchen Mitteln dies geschehen könnte, diskutiert er mit Professoren und Studenten an der Bremer Uni und in seiner Heimat.